# Protokoll
# zur 14. Sitzung des Ausschusses für Bau und Verkehr
# am 28.05.2003

Beginn: 16:30 Uhr Ende: 18:00 Uhr

Der Vorsitzende begrüßt alle Anwesenden und als Gäste Herrn Samulski (Pol.-Dir. 4) sowie die Seniorenvertretung.

Die Vertretung für Herrn Bezirksstadtrat Stäglin übernimmt Herr Bezirksstadtrat Laschinsky (FinWDez).

**TOP 1 – Öffentliche Bürgerfrageviertelstunde**

Es sind keine Bürger in den Ausschuss gekommen.

BV Eichstädt erwähnt jedoch ein Telefonat, das er am gleichen Tage mit Frau Überall geführt hat, die in der Plantagenstraße wohnt und schwerbehindert ist. In Ihrem Wohnumfeld ist die Parkraumbewirtschaftung eingeführt worden. Da sie selber kein Auto besitzt, hat sie kein Anrecht auf eine Parkvignette. Deswegen entstehen immense Parkgebühren für helfende Angehörige. Sie bittet, eine Parkvignette für ihre Verwandtschaft zu bekommen.

BzStR Laschinsky erklärt, dass nicht das Bezirksamt sondern die Polizei für diese Frage zuständig ist, und schlägt vor, sich direkt an die Polizei zu wenden. BV Eichstädt will dies tun und entsprechend unterrichten.

**TOP 2 – Bericht aus dem Bezirksamt** (vgl. auch Anlage I bis IV zur Einladung)

1. <u>BVV-Beschluss Nr. 203; Berichtsauftrag zu Kapitel 4211 „Reformen im Hochbau“ (s. Anl. I)</u>

   BauDez hat um weitere Fristverlängerung der Berichtspflicht nachgesucht, da ihm zu diesem Thema aktuelle Überlegungen anderer Stellen zugeleitet werden, die noch in den Bericht eingearbeitet werden sollen.

2. <u>Akteneinsicht Schwartzsche Villa am 02.05. und 06.05.2003 (s. Anl. II)</u>

   Die Möglichkeit zur Einsichtnahme in die 31 Aktenbände, wurde von zwei Ausschussmitgliedern am 02.05.03 wahrgenommen. Das daraus resultierende Schreiben des BV Hampel an den Vorsitzenden des BAU-A. vom 21.05.03 wurde von diesem am 22.05.03 an BauDez mit der Bitte um schriftliche Beantwortung weitergeleitet.

3. <u>Übermäßige Bebauung des Gebietes westlich der S-Bahnstrecke Priesterweg – Südende /Eilanträge (s. Anl. III)</u>

   BzStR Laschinsky erklärt, dass das Thema eigentlich im Planungsausschuss behandelt werden müsste. Er erläutert ferner, dass es sich bei dem Gebiet um ein ehemaliges, jetzt entwidmetes Bahngelände handelt, das nach dem Baunutzungsplan als Baugebiet ausgewiesen ist.

4. Geplante Umbenennung der Straße 621 in 14167 Berlin; Schreiben der KARL WEISS GmbH & Co. vom 22. April 2003 (s. Anl. IV)

   BauDez hat der Karl Weiss GmbH & Co. mit Schreiben vom 12. Mai 2003 ablehnend geantwortet. Inzwischen hat das BA am 20. Mai 2003 die Benennung der Straße 621 in Robert-W.-Kempner-Straße beschlossen. Die Veröffentlichung dieser Entscheidung im Amtsblatt für Berlin ist bereits im Geschäftsgang.

5. Verlegung des Zebrastreifens (FGÜ) Ostpreußendamm /Schulzentrum zur Lippstädter Straße

   Frau Bärbel Mehlich, hatte sich an das Amt gewandt mit der Bitte, den FGÜ im Ostpreußendamm zur Lippstädter Straße hin zu verlegen. Das Amt hat diesen Vorschlag an die zuständige Straßenverkehrsbehörde weitergeleitet. Diese hat Frau Mehlich mit Schreiben vom 7. Mai 2003 geantwortet, dass nach einer Kurzzählung des Kfz-Verkehrs im Ostpreußendamm der für einen FGÜ zulässige Höchstwert offensichtlich überschritten wird. Das LPVA hat deshalb zur Klärung der Frage eine 12-Stunden-Zählung bei SenStadt beantragt, was aber einige Monate dauern kann. Erst nach Vorliegen der Zählergebnisse wird die Straßenverkehrsbehörde über eine Lichtzeichenanlage oder eine Verlegung des FGÜ entscheiden.

6. Verkehrssituation Kaiserstuhlstraße; Schreiben der Frau Dr. Wulf vom 04.03.03

   Im Namen einiger Anwohner der Kaiserstuhlstraße hatte sich Frau Dr. Wulf dafür ausgesprochen, die Kaiserstuhlstraße in eine Einbahnstraße von der Matterhornstraße zur Altvaterstraße umzuwandeln. Das Amt hat diesen Vorschlag an die zuständige Straßenverkehrsbehörde weitergeleitet. Diese hat Frau Dr. Wulf mit Schreiben vom 14. April 2003 geantwortet, dass dem Vorschlag nicht gefolgt wird. Durch eine Einbahnstraße seien keine Verbesserungen, wohl aber Nachteile (schnelleres Fahren) zu erwarten. Besondere Umstände, die die Anordnung einer Einbahnstraße erfordern, liegen in der Kaiserstuhlstraße nicht vor.

7. Änderungen im BVG-Netz zum Fahrplanwechsel am 15.06.03

   Im Bezirk Steglitz-Zehlendorf werden praktisch keine Änderungen vorgenommen. Lediglich auf der Linie U 1 soll der Takt an die tatsächliche Fahrgastnachfrage besser angepasst, d.h. teilweise verkürzt und teilweise verlängert, werden.

   BV Körner (CDU) bittet um Mitteilung, wann konkret auf der U 1 die Anpassung erfolgen soll.

   BV Ronnisch (SPD) bittet nachzufragen, ob die Möglichkeit gegeben sei, die jetzt eingesetzten 4-Wagen-Züge in der Hauptverkehrszeit auf 6 Wagen zu erhöhen.

   BV Ehlgötz erinnert an den Vorgang der Linie 216 und bittet nachzufragen, ob der Vorschlag des 1-Std.-Taktes nach Moorlake weiterverfolgt worden sei.

Bau L sagt zu, die Ergebnisse im nächsten Bauausschuss bekannt zu geben.

TOP 3 – Anträge

**TOP 3.1 – Fahrradstraße Havelchaussee – Drs.Nr. 77 / II**

Die noch fehlenden Karten sind heute bei BauDezSekr zurückgegeben worden. Das NG wird die Aktualisierung vornehmen. Bis das neue Gesamt-Radwegekonzept vorliegt, wird der Antrag vertagt.

**TOP 3.2 – Kiosk am Hüttenweg / Ecke Kronprinzessinnenweg Drs.Nr. 516 / II**

BV Ronnisch fragt die antragstellende FDP-Fraktion, ob eine Standortveränderung, z.B. zum Kronprinzessinnenweg Ecke Fischerhüttenweg in Betracht kommen kann. Er hält den beantragten Standort für problematisch. BV Eichstädt unterstützt die Bitte. Außerdem habe er grundsätzliche Bedenken. Diese umfassen die Hinterlassenschaften, die ein Kiosk mit sich bringt. Der Unrat würde in der Natur abgelegt werden. Er bittet um Prüfung.

BV Sunkel lehnt für die FDP-Fraktion den Vorschlag zur Standortverschiebung ab. Die befragten Passanten haben sich für einen Kiosk an dieser Stelle ausgesprochen.

BV Hampel (Grüne) sieht das Problem des LKW-Verkehrs. Man hätte bei Einrichtung des ursprünglichen Kioskes den LKW-Verkehr verhindern können. Er ist aber ebenfalls für die Prüfung einer Standortveränderung.

Für BV Hippe enthält das OVG-Urteil keine planungsrechtlichen Hinweise, die dem Bezirksamt eine Genehmigung untersagten. Er macht den Vorschlag Poller aufzustellen, an denen nur PKW vorbeikommen, um den LKW-Verkehr fern zu halten. Die Versorgung an einem neuen Standort wäre problematisch. Dem Rechtsamt müsste es möglich sein, eine Erlaubnis mit entsprechenden Auflagen bzw. einen entsprechenden Pachtvertrag zu erarbeiten.

BV Körner zitiert aus dem OVG-Urteil, dass das Bezirksamt „zu Recht ... für diesen Standort wegen der dort aufgetretenen Verkehrsbehinderungen keinem anderen Händler eine Sondernutzungserlaubnis für den Handel mit Imbißwaren erteilt“ hat.

BV Müller (SPD) hält es für sinnvoll auch andere Standorte zu prüfen.

FinWDez erklärt, dass das Bezirksamt auf absehbare Zeit keinen Kiosk an der genannten Stelle genehmigen wird, wegen der in dem Rechtsstreit abgegebenen Zusage. Die damaligen Prozessgegner würden sich mit Sicherheit daran erinnern. Das Bezirksamt hält jedoch einen Prüfauftrag zu anderen Standorten für hilfreich.

BV Hippe bittet für die CDU-Fraktion um einen Prüfvermerk vom Rechtsamt, der die rechtliche Situation darstellt.

BV Eichstädt schlägt der FDP-Fraktion vor, den Antragstext wie folgt zu ändern:

Das Bezirksamt wird ersucht zu prüfen, an welchem Standort, unabhängig vom Hüttenweg / Ecke Kronprinzessinnenweg, zur Versorgung von Waldspaziergängern, Sportlern usw. im weiteren Bereich Kronprinzessinnenweg ein Kiosk errichtet werden kann.

Der zweite Satz und die Begründung könnten entfallen.

Die FDP-Fraktion ist für die Änderung des Antragstextes, wenn sichergestellt ist, dass auch der neue Standort in der Zuständigkeit des Fachbereiches Tiefbau liegt. Der erstgenannte Vorschlag soll aber im Vordergrund der Überlegungen stehen.

Der Antrag wird in geänderter Form einstimmig angenommen.

**TOP 3.3 – Anbindung von Kleinmachnow nach Stahnsdorf – Drs.Nr. 613 / II (neu)**

BV Eichstädt liegt die Antwort des Senats auf eine im Abgeordnetenhaus eingebrachte Anfrage der CDU mit der Aussage vor, dass keine Kostenschätzung zu einem vorübergehenden S-Bahnbetrieb abgegeben werden kann. Ein Dieselbetrieb im Nord-Süd-Tunnel sei nicht möglich. Im Übrigen gibt die Antwort des Senats nichts Konkretes her. Deshalb habe er die Überlegung den Antragstext zu ändern: „als Minimallösung“ sollte durch „zumindest“ ersetzt werden.

BV Hampel bittet zu überlegen, ob zusätzlich die Ergänzung: „z.B. mit Dieselbetrieb“ auch möglich wäre.

FinWDez erklärt, dass das Bezirksamt keinen akuten Handlungsbedarf erkennen kann, wenn zu viele Abhängigkeiten in den Text formuliert werden.

Der Ausschussvorsitzende stimmt dem zu und erklärt, dass die Änderungen,die inzwischen den Rahmen des Antrages sprengen, noch einmal überdacht werden sollten.

BV Ronnisch kann die Bedenken des Amtes nachvollziehen, dass es mit dem Antrag so nicht umgehen kann. Ein vorübergehender Dieselbetrieb sei ohnehin vorgesehen. Die S-Bahn-Alternative wäre nicht sinnvoll und werde nicht unterstützt.

Der Antrag wird einstimmig vertagt.

**TOP 3.4 – Umsetzung der Anordnung – 30 km/h in der Garystraße – Drs.Nr. 628 / II**

FinWDez teilt mit, dass kein neuer Sachstand vorliegt. Das Amt hat nach telefonischer Rücksprache mit der Straßenverkehrsbehörde erfahren, dass beabsichtigt ist, die Örtlichkeit noch einmal zu besichtigen und die Unfallzahlen auszuwerten. Wann dies geschieht und eine Entscheidung getroffen wird, ist derzeit noch nicht absehbar.

Der Antrag wird einstimmig vertagt.

**TOP 3.5 - Ampelschaltung in der Potsdamer Chaussee – Drs.Nr. 682 / II**

BV Kühnast erklärt, es sei einsichtig, dass der Verkehr nur in einer Richtung koordiniert werden könne. Er fragt, in welcher Richtung die Koordinierung zurzeit geschaltet ist.

Bau L erläutert, dass von Mo.-Sa. am Nachmittag von 13.00 Uhr bis 19.00 Uhr (So. und Feiertag von 9.00 Uhr bis 16.00 Uhr) der Verkehr in Richtung Potsdam eine grüne Welle hat, in der übrigen Zeit – also auch in den Abend- und Nachtstunden – ist die Richtung nach Zehlendorf mit 50 km/h koordiniert.

Der Antrag wird daraufhin von der antragstellenden Fraktion zurückgezogen.

**TOP 3.6 – Öffentliche Sammelcontainer – Drs.Nr. 683 / II**

Bau L berichtet über ein Pilotprojekt in Reinickendorf mit positiven Erfahrungen. Die Entgelte werden von der Fa. WALL gezahlt. Der Bezirk Steglitz-Zehlendorf verfügt aber unter Umständen nicht über entsprechend werbewirksame bzw. geeignete Flä-

chen. Bei Erfolg des Pilotprojektes würde der Fachbereich aber über eine Übernahme für den eigenen Bezirk nachdenken.

FinWDez schlägt vor, den Antrag so lange ruhen zu lassen, bis das Ergebnis vorliegt.

BV Hampel bittet nachzufragen, ob die Fa. WALL Interesse daran hat, ein weiteres Pilotprojekt in Steglitz-Zehlendorf zu starten.

BV Kühnast sieht für die FDP-Fraktion keinen Grund, den Antrag zurückzustellen, da er genau den Kern trifft.

Die SPD-Fraktion schlägt folgende Änderung des Antragstextes vor:

Das Bezirksamt wird ersucht **zu prüfen, ob** die vorhandenen Sammelcontainer für Altglas im öffentlichen Straßenland unseres Bezirks durch andere attraktive Sammelcontainer ersetzt werden können **und ob das Pilot-Projekt der Fa. WALL auf den Bezirk erstreckt werden kann.**

Die antragstellende Fraktion schließt sich der Änderung des Antragstextes an.

Die Begründung soll entfallen.

Der geänderte Antragstext wird einstimmig angenommen.

**TOP 3.7 – Gefährdung durch Glascontainer – Drs.Nr. 703 / II**

BV Hampel macht den Vorschlag, die Container an der Ecke Friedrichsruher Straße / Thorwaldsenstraße abzustellen, da in dem Antrag nicht genannt wurde, wo die Container ersatzweise hingestellt werden können.

FinWDez stellt anhand einer Skizze die bis jetzt unternommenen Aktivitäten des Amtes vor. Der zuständigen Aufstellfirma wurde der Vorschlag unterbreitet, den südlichen Container an das nördliche Ende der Containerreihe zu versetzen, da die Durchgangsbreite an der jetzigen Stelle nur 0,70 cm beträgt, was nicht ausreicht.

BauL bittet diese Prüfung abzuwarten und fügt hinzu, dass jede Veränderung eines ganzen Standortes zu Problemen führt.

BV Hampel erklärt, dass der zu schmale Abstand zum Radweg schon zu gefährlichen Situationen geführt habe, die behoben werden sollten. Wie die Lösung aussehen kann, ist im Antrag offen gelassen. Er bittet, über den Antrag abzustimmen.

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

**TOP 3.8 – Sehbehindertengerechte Umsteigewege am Rathaus Steglitz – Drs.Nr. 706 / II**

FinWDez berichtet, dass die Bahn-Tochter Vivico Eigentümer des Geländes ist. Die Vivico habe schon einmal Umgestaltungswünsche im Amt geäußert. Konkrete Umbauabsichten sind in letzter Zeit aber nicht mehr vorgetragen worden. Die Ampel an der Schloßstraße / Albrechtstraße soll, wie schon berichtet, spätestens 2004 blindengerecht ausgestattet sein.

BV Ronnisch bittet, den Sehbehindertenverband anzuhören, da die Umsteigewege ziemlich lang seien.

BV Körner bittet für die CDU-Fraktion um Änderung des Antragstextes wie folgt:

Das Bezirksamt wird ersucht, **darauf hinzuwirken**, die Umsteigewege zwischen S- und U-Bahn sowie den Bushaltestellen am Rathaus Steglitz unter Mitwirkung der Interessenverbände sehbehindertengerecht zu gestalten.

Der geänderte Antrag wird einstimmig angenommen.

**TOP 3.9 – Zebrastreifen an der Martin-Buber-Straße (Einmündung Kirchstraße) –**
**Drs.Nr. 712 / II**

BV Ronnisch erklärt hierzu, dass vor Jahren auf Initiative der CDU-Fraktion die jetzige Insel eingebaut worden sei. Dieser Antrag sollte helfen, die Fußgänger dazu zu bewegen, die Insel noch stärker zu benutzen. Er habe nur einen geringen Kostenaufwand. Es gebe derzeit durchaus noch einige gefährliche Verkehrssituationen. Der Fußgängerüberweg (FGÜ) signalisiert dem Kraftfahrer, noch vorsichtiger zu fahren. Die Übersicht für Fußgänger ist allerdings eingeschränkt, da die Insel von der Ecke versetzt liegt.

BV Hampel begrüßt diesen Antrag, ist aber der Meinung, dass der Überweg in den südlichen Bereich der Martin-Buber-Straße verlegt werden sollte.

Die CDU-Fraktion sieht keinen Handlungsbedarf. Es gebe derzeit keine gravierenden Probleme mit dem Fußgänger- bzw. Autoverkehr. BV Eichstädt warnt außerdem vor der trügerischen Sicherheit eines FGÜ.

Bau L äußert dazu, dass eine Insel im südlichen Ast der Martin-Buber-Straße zu großen Umbaukosten geführt hätte, da die vorhandene Straßenbreite für eine Insel nicht ausreicht. Die Insel in der nördlichen Zufahrt der Martin-Buber-Straße musste etwas versetzt angeordnet werden, um das Abbiegen von LKW zu ermöglichen. Bei der Anlage eines FGÜ müsste die gegenseitige Sicht zwischen Kraftfahrern und wartenden Fußgängern gewährleistet sein. Aus Sicht des Amtes besteht kein Handlungsbedarf, da ihm keine gefährlichen Situationen bekannt geworden sind.

Der Antrag wird mit 6:7:1 Stimmen abgelehnt.

**TOP 3.10– Königsweg als Schotterpiste – Drs.Nr. 714 / II**

FinWDez erklärt, dass nach Rücksprache mit der Revierförsterei Dreilinden die Baumaßnahme mit einer ungeeigneten Verschleißschicht aus gebrochenem Granitstein angeführt wurde. Aufgrund der ungeeigneten Korngrößenzusammensetzung sei keine stabile Wegeoberfläche entstanden. Eine kurzfristige Verbesserung der Situation sei nicht zu erwarten, da die Baumaßnahme abgeschlossen sei.

Das Amt habe bei den Berliner Forsten auf den Missstand hingewiesen und um Abhilfe gebeten.

BV Eichstädt bittet um Ergänzung des Antragstextes:

**Es ist gegenüber den Berliner Forsten massiv auf die Wiederherstellung der Passierbarkeit zu drängen.**

BV Hippe bittet, den Antrag sowie die Aussage der Berliner Forsten an deren Aufsichtsbehörde zu senden.

Der geänderte Antrag wird einstimmig angenommen.

**TOP 6 – Verschiedenes**

In der nächsten Sitzung soll über die Produktkostenrechnung gesprochen werden. Den Fraktionen ist jetzt die Möglichkeit gegeben, die Produktkostenblätter einzusehen. BV Hampel kritisiert, dass noch keine Möglichkeit besteht, einen Vergleich zwischen den Jahren 2001 und 2002 zu ziehen.

Frau BV Wagner beklagt, dass sie über keinen Zugang zu diesen Daten verfügt. FinWDez regt an ihr einen Zugang über den Computer im BVV-Büro zu ermöglichen.

Der Ausschussvorsitzende bittet das Bezirksamt, dafür Sorge zu tragen, dass jeder Bezirksverordnete eine Zugangsmöglichkeit zu den Daten erhält.

Vorsitzender :Herr Körner

Schriftführer Herr Kühnast

Protokoll: Frau Andreas